



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

BFW-PRESSEMITTEILUNG

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

www.bfw-bund.de

Pressekontakt:
Marion Hoppen
Pressesprecherin

marion.hoppen@bfw-bund.de

„Was jetzt getan werden muss!“ BFW fordert Masterplan Wohnen vor Wohngipfel

Berlin, 19.09.2018. „Mit schönen Worten und bloßen Ankündigungen erreichen wir keine Trendwende auf dem Wohnungsmarkt. Wir brauchen jetzt einen Masterplan „Wohnen“ mit abgestimmten Maßnahmen, die Investitionen fördern und das Bauen vereinfachen“, forderte BFW-Präsident Andreas Ibel im Vorfeld des Wohngipfels mit Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Neue Willkommenskultur für Bauinvestitionen

„Jetzt ist eine neue Willkommenskultur für Bauinvestitionen in Bund, Ländern und Kommunen gefragt! Das Baukindergeld und die Sonderabschreibung gehen hier grundsätzlich in die richtige Richtung“, so Ibel. Jedoch müsse bei der Ausgestaltung der Förderkriterien der Sonder-AfA im parlamentarischen Verfahren dringend nachgebessert werden: „Die Baukosten-Obergrenze von 3000 Euro/qm geht an der Realität in großen Städten vorbei. Damit verfehlt die steuerliche Abschreibung ihr eigentliches Ziel, für mehr bezahlbaren Wohnraum in den Ballungsgebieten zu sorgen“, warnte der BFW-Präsident.

Die Immobilienwirtschaft ist sich mit Mieterbund und Gewerkschaften einig: „Die Sonder-AfA kann die dringend notwendige Erhöhung der linearen AfA auf mindestens drei Prozent nicht ersetzen. Dies entspräche dem tatsächlichen wirtschaftlichen Wertverzehr, da sich der Anteil der kurzlebigen technischen Bestandteile bei den Bauwerkskosten eines Wohngebäudes stark erhöht hat“, erklärte Ibel.

Schlüsselfaktoren: Mehr Bauland und schnellere Verfahren

Teil eines neuen „Masterplan Wohnen“ müssen auch effiziente Maßnahmen für eine echte Baukostensenkung und Entbürokratisierung sein, so Ibel weiter. „Vor allem aber muss ausreichend Bauland zu bezahlbaren Preisen ausgewiesen werden- und zwar nicht nur in homöopathischen Dosen, zu Höchstpreisen oder für bestimmte Nutzer!“

Zudem müssten Bauplanungsverfahren und Baugenehmigungsverfahren beschleunigt und gestrafft werden. „Es kann nicht angehen, dass bei



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

diesen Verfahren bis zu zehn Jahre vergehen, bevor der erste Bagger rollen darf“, kritisierte Ibel. „Bis dahin sind uns die sozialen Probleme auf dem Wohnungsmarkt über den Kopf gewachsen!“

Mietrecht: „Mieter und Vermieter werden gegeneinander ausgespielt“

Ibel warnte vor weiteren Verschärfungen des Mietrechts, da diese nicht die Ursachen, sondern lediglich die Symptome des derzeitigen Wohnraummangels bekämpfen. Dies gelte auch für die Überlegungen des Bundesjustizministeriums, den Bezugszeitraum zur Ermittlung der ortsüblichen Vergleichsmiete von vier auf sechs Jahre zu verlängern: „Diese Pläne führen lediglich zu einem weiteren Beschäftigungsprogramm für Rechtsanwälte. Durch das Fehlen von qualifizierten Mietspiegeln in den meisten Kommunen ist das Scheitern des Instruments vorprogrammiert.“

Auch durch die Verschärfung der Mietpreisbremse werden falsche Hoffnungen geschürt, ohne dass eine einzige neue, bezahlbare Wohnung entsteht, so Ibel weiter: „Hier wird eine Sozialkampfarena eröffnet, in der Mieter und Vermieter gegeneinander ausgespielt werden. Eine Trendwende erreichen wir aber nur, wenn alle Akteure an einem Strang ziehen!“

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerbeneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

www.bfw-bund.de

Pressekontakt:
Marion Hoppen
Pressesprecherin

marion.hoppen@bfw-bund.de